

\_\_\_\_\_  
Vorname und Name

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ und Wohnort

Schleswig-Holsteinisches  
Verwaltungsgericht  
Brockdorff-Rantzau-Str. 13  
24837 Schleswig

Hiermit wird

## **KLAGE**

durch mich

\_\_\_\_\_  
Vorname und Name

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ und Wohnort

- Kläger / Klägerin-

**g e g e n**

das Dienstleistungszentrum Personal Schleswig-Holstein (DLZP)  
Gartenstraße 6, 24103 Kiel

- Beklagter -

wegen: Beamtenbesoldung (amtsangemessene Alimentation)

erhoben. Ich beantrage

den Bescheid des Beklagten vom \_\_\_\_\_ in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom \_\_\_\_\_ aufzuheben und festzustellen, dass mein versorgungsrechtliches Einkommen verfassungswidrig zu niedrig bemessen ist.

**BEGRÜNDUNG:**

1.

Ich bin im Status einer Landesbeamtin / eines Landesbeamten bei der

\_\_\_\_\_  
Dienststelle

\_\_\_\_\_  
Behörde

beschäftigt. Mein Antrag auf amtsangemessene Alimentation wurde beklagtenseits mit dem in Kopie als

**Anlage K 1**

beigefügten Bescheid vom \_\_\_\_\_ zurückgewiesen. Der hiergegen meinerseits mit dem in Kopie als

**Anlage K 2**

beigefügten Schreiben vom \_\_\_\_\_ eingelegte Widerspruch blieb erfolglos und wurde mit dem in Kopie als

**Anlage K 3**

beigefügten Widerspruchsbescheid vom \_\_\_\_\_ zurückgewiesen.

2.

Ich beantrage gemäß § 100 VwGO

## **Akteneinsicht**

und bitte darum,

mir die zugrundeliegenden Akten und Verwaltungsvorgänge des  
Beklagten zur Einsichtnahme zu überlassen.

Nach gewährter Akteneinsicht behalte ich mir eine gesonderte schriftliche  
Stellungnahme vor.

3.

Sollte es im Hinblick auf weitere Verfahren zu einer Musterprozessvereinbarung  
kommen, erkläre ich mich mit dem Ruhen des Verfahrens bis zur Entscheidung  
über die Musterfälle einverstanden, wenn der Beklagte für die Dauer der  
Durchführung der Musterverfahren auf die Erhebung der Einrede der  
Verjährung verzichtet.

Zudem erteile ich hiermit mein Einverständnis in ein Ruhen des Verfahrens bis  
zum Ausgang der bei dem Bundesverfassungsgericht anhängigen  
Verfassungsbeschwerde zu dem Aktenzeichen 2 BvR 2217/22, welche die  
Vereinbarkeit der maßgebenden Besoldungsvorschriften mit dem Grundgesetz  
zum Gegenstand hat.

Mit freundlichen Grüßen

---